



Naives Hirngespinnst oder reale Option?

Perspektiven für ein kernwaffenfreies Europa

EDITORIAL

Als sich der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow und der amerikanische Präsident Ronald Reagan auf dem legendären Gipfel in Reykjavik 1986 strahlend die Hände schüttelten, schien das Ende atomarer Rüstung in greifbare Nähe zu rücken. Es folgten Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle und die Verschrotung einer beachtlichen Anzahl von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern.

Doch seit Ende der 1990er Jahre hat die Euphorie spürbar nachgelassen. Angesichts immer neuer Krisenherde erscheinen Atomwaffen zunehmend als Trumpf im Ärmel, den man lieber nicht voreilig preisgeben möchte. Dabei sind die Risiken nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: Die Gefahr, dass Atomwaffen in die Hände von Terroristen geraten und politisch instabile Länder eigene nukleare Arsenale aufbauen, ist eher größer geworden. Nukleare Frühwarnsysteme können versagen, Fehleinschätzungen zu einer unbeabsichtigten Eskalation führen.

Ausgerechnet vier ehemalige hochrangige amerikanische Politiker, allesamt Mitglieder des „Establishment“, haben nun eine Anti-Atomwaffen-Kampagne angestoßen. Unermüdlich reisen sie durch die Welt, um Mitstreiter zu finden und ihre Botschaft ist unmissverständlich: Das Gefahrenpotential nuklearer Waffen überwiegt bei weitem den Sicherheitsgewinn. Es ist höchste Zeit, eine Neuordnung zu wagen und neue Ziele zu avisieren. Eine atomwaffenfreie Zone Europa könnte so ein Ziel sein. Bleibt nur zu hoffen, dass der Funke überspringt - auf die europäischen Entscheidungsträger - und vor allem auf die NATO und Russland.

Karin Hammer



Öffentliche Proteste sind selten geworden, vielen ist es nicht mehr bewusst, wieviele Nuklearwaffen in Europa nach wie vor stationiert sind. Doch Umfragen zeigen, dass die Mehrzahl der Europäer die Stationierung von Atomwaffen in Europa nach wie vor ablehnt.

Foto: picture alliance

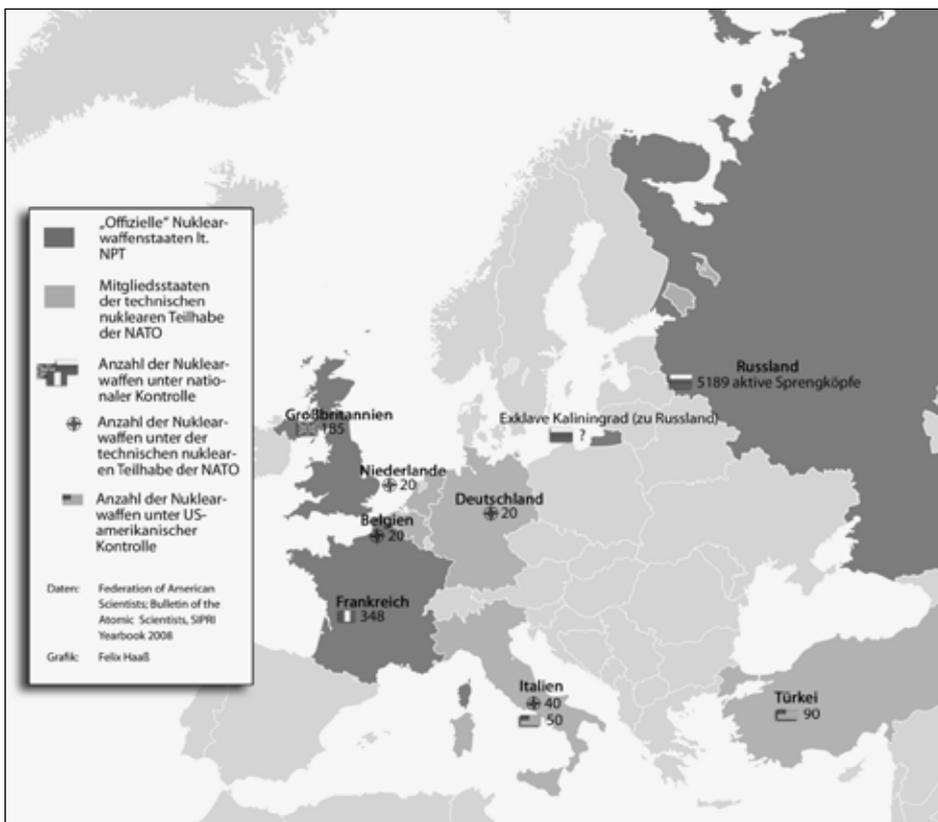
Giorgio Franceschini

Die nuklearen Gefahren des 21. Jahrhunderts werden meist fernab von Europa verortet und mit jenen Regionen assoziiert, in denen ungelöste Konflikte schwelen und Regierungen an der Macht sind, die sich wenig um internationale Normen scheuen. Das weltweite Phänomen erodierender Staatlichkeit nährt zudem die Befürchtung, Kernwaffen könnten eines Tages in die falschen Hände gelangen und zu einem nuklearen Inferno führen. Handlungsbedarf scheint es demzufolge vor allem in fragilen Regionen zu geben, etwa im Nahen und Mittleren Osten, in Pakistan oder in Ostasien.

Dagegen nimmt sich Europa als eine Region der Stabilität aus, die das Kapitel nuklearer Bedrohungen mit dem Ende des Kalten

Krieges hinter sich gelassen hat. Dabei vergisst man gerne, dass auch heute noch eine erhebliche atomare Erblast zwischen Atlantik und Ural lagert, die noch nicht entschärft ist: so beherbergt Europa an seiner östlichen Flanke das größte Nuklearwaffenarsenal des Planeten (in Russland über fünftausend einsatzbereite Sprengköpfe) und in seiner Mitte die weltweit größte Ansammlung von Staaten mit stationierten Kernwaffen: dazu gehören Frankreich und Großbritannien mit ihren nationalen Beständen sowie Belgien, Deutschland, Italien und die Niederlande als Stationierungsländer amerikanischer Atombomben.

Nirgendwo sonst auf der Welt finden sich sechs atomwaffenfähige Länder auf so engem Raum wie im Herzen Europas. Das ist befremdlich, da heute zwischen Mailand, Frankfurt und London Bedingungen herrschen, um die viele Regionen der Welt die



Europäer beneiden, nämlich Wohlstand, Stabilität und Sicherheit – und natürlich Demokratie, jene Regierungsform, der von einer bedeutenden politischen Theorie die größte Friedensneigung und die stärkste Kriegsaversion zugeschrieben wird. Nach einer bestimmten Lesart dieser *Theorie des Demokratischen Friedens* passen Kernwaffen nur dann zu Demokratien, wenn deren Sicherheit massiv gefährdet ist, oder wenn sie glaubhaft den Krieg in allen seinen Formen verhindern können. Doch weltweit hat sich die internationale Bedrohungslage fundamental gewandelt: vermochten (aus westeuropäischer Perspektive) die Kernwaffen der NATO im vergangenen Jahrhundert vielleicht noch eine Invasion des Warschauer Paktes zu verhindern, so sind sie heute vollkommen nutzlos gegen die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: gegen den Klimawandel, den internationalen Terrorismus und die fortschreitende Ressourcenknappheit helfen weder Atomraketen noch nuklearwaffenfähige Kampfflugzeuge.

Warum also verbleiben Hunderte von Atomwaffen auf mitteleuropäischem Territorium?

Weil Europas Prosperität und Sicherheit nach wie vor nur durch die dauerhafte Präsenz westlicher Kernwaffen gewährleistet

werden kann, sagen die einen. Und weil es ein historisches Erbe ist, das man nicht rückgängig machen kann, ohne gewachsene Sicherheitsarchitekturen zu gefährden, ergänzen andere. Viele wollen dieser Argumentation allerdings nicht folgen und sehen zur weltweiten Abrüstung sämtlicher Kernwaffen keine Alternative, wenn man Terrorgruppen die Zugriffsmöglichkeiten auf Massenvernichtungswaffen nachhaltig verbauen will. Abwarten, meinen wiederum andere, die die Verantwortung für die Zukunft der Nuklearwaffen außerhalb von Kerneuropa verorten und sie einzig an die ehemaligen Großmächte delegieren.

Welche Zukunft den europäischen Kernwaffen beschieden sein soll, ist unter Fachleuten und Entscheidungsträgern des alten Kontinents umstritten: Eliminierung oder Beibehalt, Reduzierung oder Aufstockung, Abwertung oder Aufwertung, für jedes Szenario gibt es prominente Fürsprecher und scheinbar gute Gründe.

Blickt man allerdings über den europäischen Tellerrand, dann stellt man fest, dass sich in der globalen Debatte um die Zukunft der Kernwaffen die politischen Gewichte auf dramatische Weise verschoben haben: so unterstützen heute über zwei Drittel der ehemaligen US-Außen-, Verteidigungsminister und nationalen Sicherheitsberater

die Vision einer kernwaffenfreien Welt und plädieren für konkrete Schritte, diese epochale Idee in die Realität umzusetzen. Der Unterstützerkreis dieser Vision erstreckt sich inzwischen über sämtliche politische Lager der Vereinigten Staaten und wächst mehr und mehr zu einer parteiübergreifenden politischen Bewegung zur weltweiten Eliminierung der Kernwaffen.

Einer der Initiatoren dieser Bewegung ist der ehemalige US-Außenminister George P. Shultz. Anfang dieses Jahres machte er sich auf den Weg nach Europa, um auch auf dem alten Kontinent Anhänger für die Kampagne für eine kernwaffenfreie Welt zu finden.

Shultz kam schon einmal mit ähnlichen Vorstellungen über den Atlantik. Im Jahr 1986, unterbreitete er beim legendären Gipfel von Reykjavik zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan der sowjetischen Gegenseite völlig überraschend den Vorschlag, sämtliche Nuklearwaffen abzurüsten. Der Vorstoß der Amerikaner kam zu schnell und scheiterte, führte aber in den darauffolgenden Jahren zu einer sichtlichen Entspannung in der Blockkonfrontation.

Von Reykjavik nach Oslo

Zweiundzwanzig Jahre nach diesem historischen Gipfeltreffen kehrte George P. Shultz am 26. Februar 2008 wieder in den hohen Norden Europas zurück.

Eingeladen hatte dieses Mal die norwegische Regierung, die zu einer zweitägigen Konferenz mit dem anspruchsvollen Titel „Achieving the Vision of a World Free of Nuclear Weapons“ zahlreiche internationale Experten in Oslo zusammenbrachte. Shultz war Hauptredner der Veranstaltung und konnte so hinreichend für jene Kampagne werben, die er zusammen mit dem ehemaligen Außenminister Henry Kissinger, dem ehemaligen Verteidigungsminister William Perry und dem ehemaligen US-Senator und Träger des diesjährigen Hessischen Friedenspreises Sam Nunn mit einem Kommentar im Wall Street Journal angestoßen hatte. Mit dem Artikel „A World Free of Nuclear Weapons“ vom 4. Januar 2007 hatte diese *Gang of Four* tatsächlich eine kleine Lawine ausgelöst und es geschafft, den visionären Geist von Reykjavik

mit seiner radikalen Forderung sämtliche Kernwaffen abzuschaffen, wiederzubeleben (siehe Randspalte).

Die Initiative der „Viererbande“ kam gerade zur rechten Zeit. Der nuklearen Rüstungskontrolle mangelt es seit Mitte der 1990er Jahre – nach einer vielversprechenden Aufbruchphase nach dem Kalten Krieg – akut an Sauerstoff und beunruhigende Diskussionen tauchen auf. Eine wachsende Zahl von Ländern ist zunehmend unzufrieden mit dem nuklearen Status Quo, der von starken Asymmetrien gekennzeichnet ist. So koexistieren seit Jahrzehnten eine Kaste aus wenigen Atommächten und eine überwältigende Mehrheit an Nichtkernwaffenstaaten – immerhin über 95% der UN-Mitgliedsstaaten – in einem prekären Gleichgewicht. Die Stabilität dieser fragilen Ordnung beruht dabei auf einem feinstens austarierten Geschäft, das Kernwaffenbesitzer und Kernwaffenfreie miteinander verbindet. Erstere müssen für die Abrüstung ihrer Arsenale keine weiteren nuklearen Herausforderer fürchten, da sich alle der Weiterverbreitung von Kernwaffen entgegenstellen, während letztere für ihren fortlaufenden Atomwaffenverzicht mit der Aussicht auf eine nuklearwaffenfreie Welt belohnt werden; einer Welt also, in der kein Staat mehr nukleare Drohungen fürchten muss und der Alptraum eines Nuklearkrieges gebannt ist. Gleichzeitig haben alle das Recht, Nukleartechnologie für friedliche Zwecke zu benutzen.

Dieses Tauschgeschäft wurde im Atomwaffensperrvertrag (oder Nichtverbreitungsvertrag NVV) des Jahres 1968 festgeschrieben und hat über die letzten vier Jahrzehnte die internationale Landschaft maßgeblich geprägt. Mittlerweile sieht allerdings eine wachsende Mehrheit der Vertragsparteien ihre nukleare Abstinenz nicht mehr hinreichend gewürdigt und wirft der Kaste der Kernwaffenbesitzer vor, durch ihre fortwährende Abrüstungsverweigerung die Geschäftsgrundlage des NVV ruiniert zu haben. Es droht ein Auseinanderbrechen der Vertragsgemeinschaft. Das würde aber zu einem permanenten Ausnahmezustand führen, da sich mit dem Ende jeglicher atomarer Zurückhaltung Nuklearkrisen wie derzeit im Iran oder in Nordkorea in zahlreichen Staaten wiederholen könnten. Am Ende könnten dann – im schlimmsten Fall – bis zu zwei Dutzend neuer Kernwaffenstaaten ent-

stehen, ein beträchtlicher Teil davon in den geopolitischen Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens und in Ostasien.

Euphorie, Stagnation, neue Hoffnungszeichen

Dabei war die Renitenz der Kernwaffenbesitzer in Abrüstungsfragen nicht immer so ausgeprägt wie heute: nach dem Ende des Kalten Krieges gab es gar eine Phase drastischer Reduzierungen der Arsenale und eine Fülle internationaler Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle. Diesem Hoch folgte gegen Ende der 1990er Jahre eine Phase der Stagnation, die nun schon ein Jahrzehnt dauert. In diese Zeit fiel die Kündigung bedeutender Rüstungskontrollverträge, ohne dass alternative Sicherheitsarrangements entstanden wären: Zahlreiche Abkommen zur nuklearen Abrüstung, die Anfang der 1990er Jahren verhandelt oder zumindest umrissen wurden, harren ihrer Inkraftsetzung oder verstauben in den Regalen der Genfer Abrüstungskonferenz. Die regelmäßigen Appelle, den nuklearen Teststoppvertrag endlich in Kraft zu setzen oder einen Produktionsstopp für waffenfähiges Spaltmaterial zu verhandeln, werden dabei immer mehr zu sinnentleerten Ritualen einer Abrüstungskonferenz, die ihren Namen längst nicht mehr verdient.

In dieser Phase allgemeiner Lähmung haben nun jene vier prominenten US-Politiker – Shultz, Perry, Kissinger und Nunn – mit ihrer Forderung nach weltweiter Eliminierung sämtlicher Nuklearwaffen der kraftlosen Diskussion um die Zukunft der nuklearen Ordnung im 21. Jahrhundert einen neuen und unerwarteten Impuls gegeben. Ihr Fanfarenstoß wurde diesseits des Atlantiks zumindest von der norwegischen Regierung gehört, welche daraufhin die Konferenz zur Eliminierung sämtlicher Kernwaffen in Oslo ausrichtete. Auch von einigen Repräsentanten des britischen Establishments vernahm man im Nachhall der Kampagne der „Viererbande“ ungewohnte Töne zur Vision einer nuklearwaffenfreien Welt¹. Im restlichen Europa aber, und insbesondere bei der NATO, scheint der radikale Abrüstungsdiskurs aus Übersee noch nicht angekommen zu sein.

Das verrät schon ein Blick auf die Teilnehmerliste der Osloer Konferenz: von den

„A World Free of Nuclear Weapons“

Am 4. Januar 2007 publizierten George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn im „Wall Street Journal“ einen Appell zur Eliminierung sämtlicher Nuklearwaffen. Shultz und Kissinger sind ehemalige US-Außenminister, Perry ehemaliger US-Verteidigungsminister und Nunn ehemaliger Vorsitzender des U.S. Senate Committee on Armed Service. Da alle vier Autoren als Vertreter traditioneller Sicherheitspolitik gelten, fand ihr Appell – auch wegen des internationalen Prestiges dieser „Gang of Four“ – großen Anklang in der amerikanischen Öffentlichkeit. Inzwischen ist aus dem Appell eine internationale Kampagne geworden, die sich einer wachsenden Anhängerschaft quer über alle Parteien- und Ländergrenzen hinweg erfreut.

Reliance on nuclear weapons for the purpose of deterrence is becoming increasingly hazardous and decreasingly effective.

The world is now on the precipice of a new and dangerous nuclear era. Most alarmingly, the likelihood that non-state terrorists will get their hands on nuclear weaponry is increasing.

Unless urgent new actions are taken, the U.S. soon will be compelled to enter a new nuclear era that will be more precarious, psychologically disorienting, and economically even more costly than was the Cold War deterrence.

Although Reagan and Mr. Gorbachev failed at Reykjavik to achieve the goal of an agreement to get rid of all nuclear weapons, they did succeed in turning the arms race on its head. [...] What will it take to rekindle the vision shared by Reagan and Mr. Gorbachev?

George P. Shultz, William J. Perry, Henry A. Kissinger and Sam Nunn.
The Wall Street Journal, January 4, 2007

über hundert Experten aus aller Welt waren gerade mal ein Drittel aus Europa, und davon die meisten aus dem Gastgeberland Norwegen und eben Großbritannien. Aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden kam je ein Teilnehmer, die EU schickte ebenfalls lediglich eine Delegierte, von der NATO hingegen kam niemand².

Die Abwesenheit des Bündnisses war dabei besonders schmerzlich, da die NATO – neben Russland – maßgeblich die Zukunft der Kernwaffen in Europa bestimmt. Die EU verfolgt im Rahmen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowieso eher Nichtverbreitungsziele und die einzelnen europäischen Regierungen haben in ihrer Nuklearpolitik nicht hinreichend Gewicht, Entscheidungen europäischer Tragweite zu treffen. Somit entscheidet sich die Zukunft europäischer Kernwaffen hauptsächlich in der NATO und in Moskau. Da das momentane Übergewicht in allen Waffengattungen eindeutig beim westlichen Bündnis liegt, ist es naheliegend, dass bei Europas Kernwaffen die NATO den ersten Schritt tun muss, um diese Zukunft zu gestalten.

Eine nuklearwaffenfreie Welt: (noch) kein Thema für die NATO

Diese Zukunft lässt sich heute aber schwerlich prophezeien, denn Europas Kernwaffen sind für das größte und mächtigste Militärbündnis der Welt, das immerhin zwei Drittel aller weltweiten Militärausgaben bestreitet, auch im Jahr 2008 kein Thema. Während des diesjährigen NATO-Gipfels, der vom 2. bis 4. April in Bukarest stattfand, dominierten dementsprechend andere Punkte die Tagesordnung, die Afghanistanmission etwa oder die Kosovofrage sowie die sich verschlechternden Beziehungen zu Russland.

Dabei haben letztere durchaus auch eine nukleare Komponente, wie die Debatte um die amerikanische Raketenabwehr in Polen und Tschechien zeigt: Moskau deutete an, als „Gegenmaßnahme“ zu diesem Raketen-schild sich durchaus vorstellen zu können, wieder europäische Ziele ins Visier seiner Nuklearstreitkräfte zu nehmen, und dabei – dem momentanen Trend Washingtons folgend – einen gemeinsamen Rüstungskontrollvertrag über Bord zu werfen, der die Stationierung entsprechender Nuklearrake-

Die NATO-Nuklearstrategien

Zeitraum	Strategie	Nuklearwaffendoktrin
1954-1967	Strategie der massiven Vergeltung	Jeglicher Angriff auf einen NATO-Mitgliedsstaat wird mit einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag beantwortet. Im Zuge dieser Strategie werden erstmals amerikanische Kernwaffen in Europa stationiert. Im Konfliktfall ist ein Ersteinsatz dieser Nuklearwaffen ausdrücklich vorgesehen.
1967-1999	Strategie der flexiblen Reaktion	Ein möglicher Angriff auf die Allianz wird mit einem angemessenen Gegenschlag beantwortet. Die Reaktionsart kann dabei auf derselben Eskalationsstufe wie die vorhergegangene Aggression erfolgen, oder aber die NATO kann den Konflikt vorbedacht eskalieren. Zu diesem Zweck bleiben sowohl taktische als auch strategische Nuklearwaffen in Europa stationiert. Auch hier behält sich die NATO die Ersteinsatzoption explizit offen.
seit 1999	Neues Strategisches Konzept	Auch nach einer massiven Abrüstung der strategischen Waffen der USA und Russlands sieht die NATO ihre nuklearen Fähigkeiten als unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des Friedens („essential to preserve peace“). Insbesondere für die Sicherheit Europas bleiben sie lebensnotwendig. Zum Ersteinsatz hingegen hält man sich bedeckt: „NATO does not follow either a nuclear First-Use or No-First-Use policy.“

ten unterbinden sollte³. Dieser sogenannte INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Forces), der als unmittelbare Folge des Gipfeltreffens in Reykjavik vor zwei Jahrzehnten zustande gekommen war, hatte zu einer größeren Entspannung zwischen den beiden Blöcken des Kalten Krieges und zur Verschrotung tausender Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper geführt, die auf europäische Bevölkerungszentren gerichtet waren. Dieser Vertrag, der das Tauwetter zwischen den damaligen Supermächten einläutete, steht also heute zur Disposition.

Um dieser an den Kalten Krieg gemahnenden Drohung aus Moskau vorzubeugen, hätte die NATO – auch angesichts ihrer momentanen militärischen Übermacht – sicherlich umsichtiger und kompromissbereiter vorgehen können und ihre Osterweiterung mit zusätzlichen vertrauensbildenden Maßnahmen flankieren können, insbesondere in Bezug auf ihre offensiv stationierten taktischen Nuklearwaffen (TNW) in Europa. Diese etwa 240 frei fallenden Bomben des Typs B61 befinden sich heute in fünf NATO-Staaten (siehe Grafik Seite 2), die im NVV als Nichtkernwaffenländer geführt werden, und führen regelmäßig zu Irritationen mit Moskau.

Dabei ist ihre strategische Nutzlosigkeit umstritten und sie könnten gut als Pfand bei Verhandlungen um russische TNW eingesetzt werden. Letztere sind noch von keinem Rüstungskontrollabkommen erfasst und gelten als besonders gefährlich: ihre hohe Zahl – man vermutet noch tausende dieser Waffen in Russland – , ihre kompakte Größe und schnelle Einsatzfähigkeit machen sie zu einer idealen Beute für Terroristen. Und die Gefahr lauert möglicherweise vor unserer Haustür: so

reißen Gerüchte nicht ab, Moskau stationiere auch in der Oblast Kaliningrad, also zwischen den beiden NATO- und EU-Mitgliedern Polen und Litauen, nach wie vor eine ungezählte Anzahl dieser gefährlichen Waffen.

Ohne Vorleistungen der NATO bei ihren TNW wird sich die russische Seite aber kaum bewegen. Eine solche Politik der Vertrauensbildung verlangt allerdings vonseiten des Bündnisses eine gewisse Weitsicht und Offenheit in Nuklearangelegenheiten, die es bis heute leider vermissen lässt. So unterstreicht sein gegenwärtiges strategisches Konzept nach wie vor die Unverzichtbarkeit einer nuklearen Option und schließt – wie alle vorhergehenden Doktrinen – auch den Ersteinsatz von Kernwaffen während eines Konfliktes nicht aus (siehe Grafik oben).

Schlimmer noch: das einzige Dokument aus dem Umfeld der NATO, das sich dieser fraglichen Doktrin annimmt, verstärkt die Schiefelage noch, anstatt sie zu begradigen. So verlangen fünf ehemalige Generalstabschefs führender NATO-Länder in einem Strategiepapier aus dem Jahr 2007 diese Ersteinsatzoption noch durch das Element der Präemption zu erweitern, also den Kernwaffeneinsatz noch vor erfolgter Aggression zu ermöglichen (siehe Randspalte Seite 7). Dieses Strategiepapier ist zwar kein offizielles NATO-Dokument, aber die Autorenschaft des ehemaligen Oberbefehlshaber der NATO in Europa (General Shalikashvili), des ehemaligen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses (General Naumann) und dreier ehemaliger Generalstabschefs führender NATO-Länder und ihr explizites Plädoyer für eine neue „Grand Strategy“ rücken das Papier unweigerlich in die Nähe des Bündnisses. Zumal die offizielle NATO

sich zur Zukunft europäischer Kernwaffen noch bedeckt hält. In diesem Diskursvakuum konnte der radikale Vorschlag der ehemaligen Generäle so mehr mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen als es seiner effektiven Bedeutung angemessen war.

Bei ihrem Vorschlag zu einer neuen Gesamtstrategie der NATO empfehlen die Autoren den Kernwaffeneinsatz auch in Fällen, in denen die gegnerische Partei noch keinen einzigen Schuss abgegeben hat. Es reicht, wenn dieser aggressive Absichten zugeschrieben werden – der geplante Einsatz von Massenvernichtungswaffen etwa – was nach den Erfahrungen der letzten Jahre im Irak nicht einer gewissen Ironie entbehrt. Nach der Logik dieser ehemals ranghöchsten Funktionäre der NATO wäre also ein Nuklearwaffeneinsatz gegen Bagdad im Jahr 2003 – man ging von einer akuten Bedrohung mit Massenvernichtungsmitteln aus – durchaus denkbar gewesen. Es erübrigt sich anzumerken, dass es nach Meinung der Autoren dieses militanten Strategiepapiers in der düsteren Welt der nach ABC-Waffen strebenden „Schurkenstaaten“ keinen Platz für atomare Abrüstung gibt. Die Idee einer nuklearwaffenfreien Welt wird dementsprechend in ihrer gesamtstrategischen Vision als schlicht unrealistisch verworfen.

Kernwaffen in Europa: abschaffen, aufwerten oder abwarten?

Damit koexistieren heute in der Debatte um die Zukunft der Nuklearwaffen zwei radikale Diskurse, die zu diametralen Schlüssen kommen: Für Kissinger, Shultz, Perry und Nunn ist die weltweite Eliminierung dieser Waffengattung die einzige Möglichkeit, die Gefahren eines Nuklearkrieges, einer unbeabsichtigten nuklearen Eskalation oder eines nuklearterroristischen Anschlags zu minimieren, während ihre Kollegen in Uniform – General Naumann, General Shalikashvili, Generalfeldmarschall Inge, Admiral Lanxade und General van den Breemen – exakt das Gegenteil behaupten: den Bedrohungen des 21. Jahrhundert begegnet man am besten durch rasches, proaktives und unbürokratisches Eingreifen in das Krisengeschehen, wobei man gegebenenfalls bis zur unilateralen nuklearen Eskalation gehen soll. Die Zukunft verlangt also nicht die Abschaffung der Nuklear-

waffen, sondern deren Neubewertung als Werkzeuge des präemptiven Eingreifens. Damit rezipieren die ehemaligen Generäle den neokonservativen Diskurs der Bush-Regierung und versuchen ihn auf das transatlantische Bündnis zu übertragen. Ihr radikales Manifest für eine neue NATO liest sich dementsprechend wie ein Amalgam klassischer neokonservativer Strategiepapiere und kreist um dieselben Eckpunkte wie etwa die amerikanische Nuclear Posture Review aus dem Jahr 2001 oder die National Security Strategy von 2002 und 2005: unberechenbare neue Bedrohungen zwingen zur Präemption, notfalls auch unter Einsatz von Kernwaffen; die Notwendigkeit rasch zu handeln erfordert daher die Beseitigung entsprechender Hürden auf nationaler und internationaler Ebene.

Zwischen diesen beiden Polen der Aufwertung und der Eliminierung der Kernwaffen bewegen sich Europas Entscheidungsträger in einer Mischung aus Ratlosigkeit und Lethargie und haben bisher zu keinem eigenen Profil in Bezug auf die Zukunft der Nuklearwaffen gefunden. Am ehesten lässt sich die politische Praxis der Europäer als Status quo orientiert bezeichnen. Das bedeutet, dass zwischen den europäischen Metropolen Konsens darüber zu herrschen scheint, das Regime zur Nichtverbreitung von Atomwaffen zu erhalten und gleichzeitig Bündnispartner mit eigenen atomaren Beständen nicht allzu großem Druck auszusetzen. In der politischen Praxis zeigt sich dieser Spagat dann meist so, dass sich europäische Entscheidungsträger stets zu den (abstrakten) Prinzipien nuklearer Abrüstung bekennen, diese aber nie konkret von ihren atomar bewaffneten Bündnispartnern einfordern. So konnten London und Paris in den letzten Jahren ungeniert die Modernisierung ihrer Nuklearstreitkräfte in Angriff nehmen, ohne dass dies zu Verwerfungen mit ihren Partnern in EU und NATO geführt hätte. Und ebenso verhalten die Proteste der Blockfreien Staaten – immerhin knapp zwei Drittel der NVV-Vertragsmitglieder – über die dubiose NATO-Praxis der nuklearen Teilhabe im Nichts: kaum ein europäischer Entscheidungsträger wagt es in diesem Kontext, das Offensichtliche auszusprechen: dass die britische und französische Modernisierung mit Art. VI und die belgische, deutsche, italienische und niederländische Praxis der nuklearen

Nichtverbreitungsvertrag (NVV) - Ausschnitte

Die diesen Vertrag schließenden Staaten, im folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet, – in Anbetracht der Verwüstung, die ein Atomkrieg über die ganze Menschheit bringen würde, und angesichts der hieraus folgenden Notwendigkeit, alle Anstrengungen zur Abwendung der Gefahr eines solchen Krieges zu unternehmen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker zu ergreifen, ... sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Artikel II

Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Artikel VI

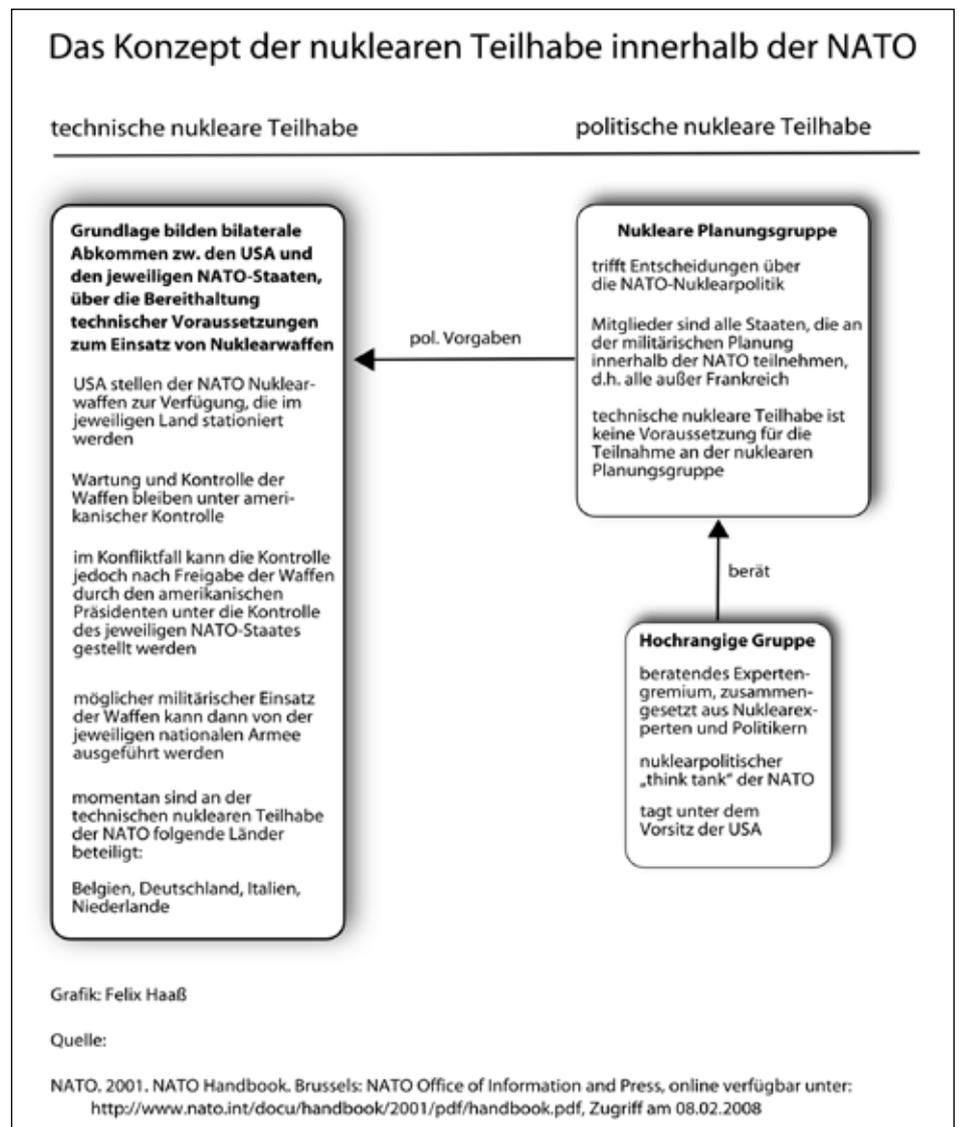
Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

Teilhaberecht mit Art. II des Nichtverbreitungsvertrages kaum vereinbar sind (siehe Randspalte Seite 5).

Legalität europäischer Kernwaffenpraxis

Die Blockfreien sprechen hier von klaren Verstößen gegen den NVV, während sich die Adressaten der Kritik – insbesondere die Demokratien des Westens – in immer abenteuerlichere Legitimationsdiskurse verstricken: so bemühen sich Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten im Zuge ihrer nuklearen Modernisierungsprogramme um eine Auslegung des Abrüstungsartikels des NVV, die außerhalb ihrer Kapazitäten kaum Zustimmung finden wird: demnach stehe im Art. VI keine bindende Verpflichtung für die Kernwaffenbesitzer, ihre Arsenale vollständig abzurüsten, sondern lediglich deren Verpflichtung, zu gegebener Zeit in Verhandlungen zu treten, um dieses Ziel zu erreichen. Dieser Zeitpunkt scheint allerdings auch vierzig Jahre nach den ersten Unterzeichnungen des NVV noch nicht gekommen zu sein. Auch die Inbetriebnahme neuer nuklearer U-Boote in Frankreich und demnächst in Großbritannien (durchschnittliche Lebensdauer: vierzig Jahre) deutet an, dass Paris und London auch für die nächsten Jahrzehnte die Zeit für solche fundamentalen Verhandlungen als noch nicht reif sehen⁴. Das sieht der Internationale Gerichtshof anders: in einem Rechtsgutachten des Jahres 1996 wird dort den Kernwaffenstaaten in keiner Weise zugebilligt, die Aufnahme von Verhandlungen zur vollständigen nuklearen Abrüstung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben; vielmehr wird in ihrem weitbeachteten Gutachten daran erinnert, dass die Aufnahme dieser Verhandlungen für die Kernwaffenstaaten des NVV eine fundamentale Pflicht darstellt.

Noch obskurer als dieser Rechtfertigungsversuch gestaltet sich der Diskurs der NATO zur umstrittenen Praxis der nuklearen Teilhabe: die etwa 240 taktischen Nuklearwaffen, die in fünf offiziellen Nichtkernwaffenstaaten stationiert sind, seien durchaus im Einklang mit Art. I und II des NVV, da sie in Friedenszeiten von US-Soldaten bewacht würden und somit dem physischen Zugriff dieser Nichtkernwaffenstaaten entzogen seien, und im Kriegszustand – wo sie nach



Freigabe des amerikanischen Präsidenten der Luftwaffe des jeweiligen Gastlandes übergeben werden sollten – der NVV sowie seine Gültigkeit verwirkt habe. Davon steht zwar im Vertrag selbst nichts, doch beharrt insbesondere Washington auf dieser eigentümlichen Lesart. Krieg wird hier als ein Zustand definiert, in dem Teile internationalen Rechts suspendiert sind, während andere Teile (etwa das Verbot von Bio- und Chemiewaffen) erhalten bleiben. Dabei beruft man sich auf die Präambel des NVV, in der die Verhütung eines Nuklearkrieges als oberstes Ziel genannt wird, und folgert daraus – in einer kaum nachvollziehbaren Logik – quasi Gegenteiliges: der Ausbruch eines größeren Konfliktes hätte unvermeidlicherweise eine nukleare Komponente und mache damit jenen Vertrag hinfällig, der zur Vermeidung eines Atomkrieges geschaffen worden war. Damit könne der NVV in Kriegszustand als Ganzes verworfen

werden. Im Wortlaut liest sich diese amerikanische Erklärung aus dem Jahre 1968 – als die Unterzeichnung des NVV anstand und US-Atomwaffen bereits in zahlreichen NATO-Länder stationiert waren – folgendermaßen: „[Nuclear sharing does] not involve any transfer of nuclear weapons or control over them unless and until a decision were made to go to war, at which time the treaty would no longer be controlling.“ Aus der Tatsache, dass dieser Aussage vor vierzig Jahren nicht vehement genug widersprochen wurde, und aus dem Umstand, dass damals einige Delegationen vor der Vertragsunterzeichnung über die Auslagerung amerikanischer Atombomben auf NATO-Territorium unterrichtet wurden, zieht das Bündnis heute noch den Schluss, seine Praxis der nuklearen Teilhabe sei mit den Vorgaben des NVV vollkommen im Einklang. Damit ignoriert die NATO bewusst die aktuelle Debatte innerhalb der NVV-

Vertragsgemeinschaft: eine Mehrheit der Vertragsstaaten hält die nukleare Teilhabe für illegal und hat dies auch bei der letzten NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 2005 deutlich gemacht.

Das sehen inzwischen auch immer mehr Parlamentarier der betroffenen Stationierungsländer so, die in den letzten Jahren wiederholt auf die prekäre legale Basis (und die strategische Sinnlosigkeit) der nuklearen Teilhabe hingewiesen haben. Zwar waren die einzelnen parlamentarischen Initiativen in Belgien, Deutschland, Italien, der Niederlande und der Türkei bisher erfolglos, doch zeichnet sich ein immer dünnerer Rückhalt für diese Praxis aus den Tagen des Kalten Krieges ab. Dennoch bleibt sie in fünf von sechs Nichtkernwaffenstaaten der NATO bis zum heutigen Tag erhalten: einzig Griechenland beendete die Stationierung amerikanischer TNW und erwirkte im Jahr 2001 den Abzug aller zwanzig B-61 Bomben von seinem Territorium⁵.

Europäische nukleare Anomalien

Somit bleibt Europas Kernwaffenpolitik von einigen Besonderheiten gekennzeichnet, die mit seiner Sicherheitslage nicht zusammenpassen, denn dieses weltweit größte Cluster zusammenhängender Demokratien muss auf absehbare Zeit keine konkreten nuklearen Bedrohungen fürchten.

- Dennoch sind heute in acht europäischen Ländern Kernwaffen stationiert, das übertrifft jeden anderen Kontinent. Das sind Frankreich, Großbritannien und Russland als offizielle Kernwaffenstaaten, und die fünf NATO-Mitglieder (und offiziell Nichtkernwaffenstaaten) der nuklearen Teilhabe: Belgien, Deutschland, Italien, Niederlande und die Türkei.
- Die einzigen europäischen Kernwaffenbesitzer, die auf ihr Arsenal verzichtet haben, waren die Ukraine und Weißrussland nach dem Ende der Sowjetunion. Die Entscheidung für Nuklearwaffenfreiheit fiel also in zwei Ländern, die nicht auf eine demokratische politische Kultur – der eine besondere Friedensneigung zugeschrieben wird – zurückblicken konnten.

- Europa ist der einzige Kontinent ohne nennenswerte Nuklearwaffenfreie Zonen (NWFZ).⁶

Diese Anomalien sind historisch gewachsen und erklärungsbedürftig. Erklärungsansätze reichen vom Statusgewinn europäischer Eliten, wenn sie im Entscheidungsprozess der nuklearen Planung mitreden dürfen, bis hin zur Trägheit der Entscheidungsträger, die Rolle von Nuklearwaffen im 21. Jahrhundert neu zu überdenken. Dies ist für ein demokratisches Gemeinwesen insofern bedenklich als sämtliche Umfragen zur nuklearen Teilhabe zweierlei Ergebnisse gezeigt haben: erstens ist die europäische Öffentlichkeit über die Stationierung amerikanischer Atombomben nur unzureichend informiert⁷; und zweitens haben sich seit Ende des Kalten Krieges die betroffenen Bürger in den Stationierungsländern stets mehrheitlich für den Abzug dieser Waffen ausgesprochen – zuletzt waren es 89% der Befragten in Deutschland nach einer Forsa-Umfrage des Jahres 2004. Das Abweichen der europäischen Kernwaffenpraxis vom Erwartungswert der *Theorie des Demokratischen Friedens* kann also nur auf eine gewisse Eigenmächtigkeit der jeweiligen Regierungen zurückgeführt werden: einerseits werden ihre Bürger nur bruchstückhaft über die nukleare Teilhabe informiert⁸ und andererseits ihr Wille – so er sich ausdrückt – systematisch ignoriert. Beides verträgt sich schlecht mit dem Ideal einer offenen Gesellschaft, in der gewählte Volksvertreter die Präferenzen ihrer Bürger umsetzen.

Hinzu kommt nun noch eine gewisse Zaghaftheit der Entscheidungsträger an einer seit den 1950er Jahren eingespielten (west-) europäischen Nuklearwaffenpraxis zu rütteln. So kündigte zwar der ehemalige Verteidigungsminister Struck im Mai 2005 an, die Beendigung der nuklearen Teilhabe in der NATO zu thematisieren, ließ diese Initiative aber rasch versanden, als sich abzeichnete, dass es bei den Bürokraten in Brüssel noch maßgebliche Kräfte gab, die im Fortbestand der Jahrzehnte alten Praxis des *nuclear sharing* einen residualen Nutzen für Europa sahen. Dieser Nutzen – so diese konservative Lesart – liege darin, dass amerikanische Kernwaffen in Europa die transatlantische Kohäsion stärkten und den Europäern einen größeren Gestaltungsspielraum in der Nuklearen Planungsgrup-

„Towards a Grand Strategy for an Uncertain World - Renewing Transatlantic Partnership“

Ende 2007 veröffentlichten fünf der ehemals ranghöchsten Militärstrategen der NATO ein radikales Manifest, in dem für eine neue Gesamtstrategie geworben wird, in deren Mittelpunkt eine neue NATO mit weitreichenderen Kompetenzen und einer wesentlich offensiveren Nuklearwaffendoktrin steht.

The risk of further proliferation is imminent and with it the danger that nuclear war fighting might become possible.

At present, 25 countries possess WMD. Of these, 17 possess active offensive chemical weapons and 12 possess offensive biological weapons.

The new principle is the principle of minimum damage and victory through paralysis, involving the surgical use of all available instruments of power. Simultaneously observing proportionality and damage limitation will become extremely difficult in cases where the use of nuclear weapons must be considered.

The first use of nuclear weapons must remain in the quiver of escalation as the ultimate instrument to prevent the use of weapons of mass destruction, in order to avoid truly existential dangers.

Regrettably, nuclear weapons – and with them the option of first use – are indispensable, since there is simply no realistic prospect of a nuclear free world.

General Klaus Naumann, Fieldmarshal Lord Inge, General John Shalikashvili, Admiral Jacques Lanxade, General Henk van den Breemen: “Towards A Grand Strategy for an Uncertain World”, Entwurf für ein NATO-Strategiepapier

pe der NATO garantieren würden. Das ist falsch, da Mitgliedschaft und Mitspracherecht in der Nuklearen Planungsgruppe (die sogenannte politische nukleare Teilhabe) nicht an die Stationierung von Kernwaffen und die Bereitstellung entsprechender Kampfflugzeugeneinheiten gekoppelt ist (technische nukleare Teilhabe), sondern allen NATO-Mitgliedern gleichermaßen zusteht. Die NATO kennt nach ihrem Selbstverständnis keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit und bindet demnach alle Mitglieder im selben Maße in ihre nuklearen Planungen ein. Dennoch taucht dieses Argument immer wieder bei den Befürwortern des Verbleibs amerikanischer Atombomben auf westeuropäischem Territorium auf. So erklärte noch der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Kossendey (CDU) Ende Juni 2008, mit der Beendigung der technischen nuklearen Teilhabe „wäre [Deutschland] dann nicht mehr in den beschlussfassenden Gremien der NATO repräsentiert“.⁹ Selbst in der Wissenschaft scheint manchmal Unklarheit zu bestehen, welche Folgen ein Abzug der zwanzig letzten amerikanischen Atombomben in der Eifel für Deutschlands Mitspracherecht in nuklearer Kriegsplanung hätte. So warnte der Kriegsforscher Herfried Münkler in einem Interview mit

Spiegel Online eindringlich vor einem Abzug dieser Waffen: „Sollten wir nicht mehr bereit sein, diese Waffen in Deutschland zu lagern, werden wir auch nicht mehr den Finger mit am Abzug haben können. Das ist vielleicht nicht schlimm. Entscheidend aber ist, dass wir dann keinen Finger mehr am Sicherungshebel haben, also auch keinen Einfluss mehr hätten, einen atomaren Angriff zu verhindern. Also sollten die Waffen bleiben.“¹⁰

Ebenso wenig Glück wie Peter Struck mit der Diskussion um die nukleare Teilhabe hatte sechs Jahre zuvor der damalige Außenminister Joschka Fischer mit dem Thema des nuklearen Ersteinsatzes.

Schnell zeichnete sich ab, dass eine Diskussion über die umstrittene Ersteinsatzdoktrin der NATO, wie Fischer sie 1999 anregen wollte, unweigerlich die Nuklearwaffendoktrinen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens in Mitleidenschaft gezogen hätte, die nach wie vor den Ersteinsatz von Nuklearwaffen im Konfliktfall einschlossen. Davon wollten aber die drei westlichen Atomkräfte auf keinen Fall abrücken und so war auch diesem mutigen Vorstoß kein Glück gegönnt. Eine umfassende Diskussion zur „No First Use“-Thematik innerhalb der NATO steht bis auf den heutigen Tag aus.

Ein weiteres Hemmnis, den nuklearen Status quo Europas zu überdenken, war die Befürchtung einiger Entscheidungsträger der NATO, ein Abzug amerikanischer Nuklearwaffen und eine Revision entsprechender Doktrinen könne den Bündnispartner in Washington brüskieren. Dass hier voreilige Schlüsse gezogen wurden, zeigt das Beispiel Griechenlands, das den Abzug amerikanischer TNWs und die Kündigung der nuklearen Teilhabe ohne diplomatische Zerwürfnisse und ohne Einbußen an Prestige und Gewicht innerhalb der NATO und deren Nuklearer Planungsgruppe bereits vollzogen hat. Mehr noch: wie überflüssig die europäischen Bedenken über ein eventuelles Zerwürfnis mit den USA in dieser Frage sind, zeigt ein klares Statement des Pentagon vom Oktober 2005. So betonte der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einem Interview mit der Wochenzeitung *Der Spiegel*, es sei einzig Sache der Europäer zu entscheiden, welche Zukunft den amerikanischen TNW beschieden sein soll, die nun schon ein halbes Jahrhundert auf ihrem Territorium stationiert sind.¹¹ Die Gefährdung der transatlantischen Harmonie kann hier also nicht mehr für die Untätigkeit der europäischen Eliten in Anspruch genommen werden.

Wie geht es also weiter mit den europäischen Kernwaffen? Aus den bisherigen Betrachtungen sind drei Szenarien denkbar: ein Status quo-Szenario, eine Aufwertung der Kernwaffen innerhalb einer neuen Gesamtstrategie und schließlich ein radikaler Perspektivwechsel in Richtung Kernwaffeneliminierung. Dabei ist anzunehmen, dass die entscheidenden Impulse aus den – momentan dominierenden – Machtzentren des Westens kommen werden, und Moskau sich dem jeweiligen Szenario so anpassen wird, wie es seinen Vorstellungen strategischer Parität entspricht.

Das Status quo-Szenario

Das erste Szenario – Status quo – ist im Wesentlichen von der Kontinuität der gegenwärtigen europäischen Nuklearwaffenpolitik gekennzeichnet und hat in der Europäischen Union (bzw. der NATO) ihre deutlichsten Vertreter. Die Farblosigkeit dieser Politik hat in erster Linie strukturelle Gründe. Die EU versammelt in ihren



Es ist keine leichte Aufgabe für die EU, ihre proklamierte Nichtverbreitungspolitik mit der Nuklearwaffenmodernisierung in ihren eigenen Reihen unter einen Hut zu bringen.

Auf dem Bild weiht der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy stolz ein neues U-Boot mit neuen zielgenaueren Raketen und neuen effektiveren atomaren Sprengköpfen ein. Aufgenommen am 21. März 2008 in Cherbourg.

Foto: picture alliance

Nuklearwaffen in Europa

Sind nach Ihrem Wissen hier in Ihrem Land amerikanische Nuklearwaffen stationiert?

	Ja, bestimmt	Ja, wahrscheinlich	Nein, wahrscheinlich nicht	Nein, bestimmt nicht	Weiß ich nicht/ keine Antwort
Belgien	17,4	34,6	22,9	8,5	16,6
Deutschland	12,0	31,7	32,0	8,5	15,8
Großbritannien	14,0	24,4	35,1	9,1	17,4
Italien	10,9	21,9	23,3	9,3	34,4

In Ihrem Land sind ... Nuklearwaffen stationiert. Sind Sie darüber

	sehr beunruhigt	ein wenig beunruhigt	nicht sehr beunruhigt	überhaupt nicht beunruhigt	Weiß ich nicht/ keine Antwort
Belgien	23,3	37,8	18,3	19,4	0,2
Deutschland	39,4	20,8	21,8	16,1	1,9
Großbritannien	26,2	29,7	17,7	25,6	0,8
Italien	23,1	38,6	16,5	19,3	2,5

Umfragewerte zitiert aus einer Studie von Strategic Communications vom 25. Mai 2006 „Nuclear Weapons in Europe: Survey Results in Five European Countries“, erstellt im Auftrag von Greenpeace. Zu finden unter <http://www.greenpeace.org/raw/content/france/press/reports/nuclear-weapons-in-europe-sur.pdf>

Reihen zwei offizielle Kernwaffenstaaten, vier weitere Staaten der nuklearen Teilhabe und zwanzig kernwaffenfreie Staaten, darunter zwei Mitglieder der New Agenda Coalition¹² – Irland und Schweden. Das ergibt heterogene Interessenlagen und lässt dabei wenig Spielraum für eine substantielle und gestaltende Kernwaffenpolitik. Die EU wird somit auf wenige konsensfähige Policies beschränkt, die im Wesentlichen in der Stärkung der multilateralen Regime zur Nichtverbreitung und in allgemeinen Appellen zur nuklearen Abrüstung liegen¹³. Der eigentliche harte Kern (west-)europäischer Nuklearwaffen – die britischen Tridentraketen, die französischen luft- und seegestützten Atomraketen und die etwa 240 freifallenden Bomben der nuklearen Teilhabe – wird in diesem „konservativen“ Szenario nicht weiter in Frage gestellt und hinsichtlich seines bescheidenen Volumens – sowohl im Vergleich mit den nuklearen Großmächten Russland und USA als auch im Vergleich zu den entsprechenden Arsenalgrößen während des Kalten Krieges – weiterhin als vernachlässigbar betrachtet. Die Praxis der nuklearen Teilhabe wird in diesem Szenario so lange weitergeführt bis

die mit dem Abwurf der amerikanischen Bomben betrauten europäischen Luftwaffeneinheiten über neue Kampfflugzeuge verfügen: sollten gewisse Ausführungen dieser neuen Kampfflugzeuge nicht mehr nuklearwaffenfähig sein (wie beispielsweise der neue Eurofighter), könnten in den nächsten Jahren einige Länder aus der technischen nuklearen Teilhabe herausfallen. Dies könnte für Deutschland ab dem Jahr 2012 der Fall sein, wenn die nuklearwaffenfähigen Tornados der Luftwaffe schrittweise durch die neuen Eurofighter ersetzt werden.

Dennoch ist in diesem Szenario nicht zu erwarten, dass die NATO von ihrer 1999 niedergelegten Gesamtstrategie abrückt, welche die Unverzichtbarkeit einer nuklearen Option im Allgemeinen und die Notwendigkeit amerikanischer Nuklearwaffen auf europäischem Boden im Besonderen unterstreicht. Auch ist in diesem Szenario kaum zu erwarten, dass die NATO der oftmals erhobenen Forderung, den Ersteinsatz von Nuklearwaffen kategorisch auszuschließen, nachkommt. Vielmehr drückt sich im Status quo-Szenario eine gewisse Trägheit der NATO-Bürokratie aus, die bereits seit

Anmerkungen

- 1 So antworteten jüngst aus London ebenfalls vier ehemalige hochrangige britische Politiker mit einem ähnlichen Appell. Douglas Hurd, Malcolm Rifkin, David Owen (alle drei ehemalige Außenminister) und George Robertson (ehemaliger NATO Generalsekretär): „Start worrying and learn to ditch the bomb“, The Times, 30. Juni 2008.
- 2 Inzwischen hat die Kampagne auch den asiatischen Kontinent erreicht, und so konnte Indiens Premierminister Singh am 8. Juni dieses Jahres feierlich die Konferenz „Towards a World Free of Nuclear Weapons“ in Neu-Delhi eröffnen und sich explizit zu den Zielen des Appells der „Gang of Four“ bekennen.
- 3 Washington hatte zuvor den sogenannten ABM-Vertrag (Anti Ballistic Missile Treaty) aus dem Jahre 1972 beendet. Dieser Vertrag, der über Jahrzehnte das Aufstellen weiträumiger Raketenabwehrsysteme verhinderte, galt bei vielen Experten als Eckpfeiler strategischer Stabilität zwischen den beiden Großmächten.
- 4 Im März 2008 weihte Frankreichs Präsident Sarkozy das vierte U-Boot seiner Force de Frappe ein, welches mit neuen Raketen und neuen Sprengköpfen ausgestattet sein wird und eine Zerstörungskraft entwickeln kann, die in etwa tausend mal jener der Hiroshimabombe entspricht. London plant ebenfalls in den nächsten Jahren mindestens drei neue U-Boote dieser Art auslaufen zu lassen.
- 5 Die Türkei beendete unbestätigten Berichten zufolge ebenfalls vor kurzem ihre technische nukleare Teilhabe (sie stellt also keine Kampfflugzeuge für den Kernwaffeneinsatz zur Verfügung), bleibt aber weiterhin Stationierungsland von etwa neunzig amerikanischen TNW.
- 6 Nimmt man das Staatsgebiet der ehemaligen DDR aus, wo nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag keine Nuklearwaffen stationiert werden dürfen.
- 7 Die jüngsten Schlagzeilen zur nuklearen Teilhabe verdanken wir dementsprechend auch kritischen amerikanischen Wissenschaftlern, welche auf ernsthafte Sicherheitsmängel bei den europäischen Standorten aufmerksam gemacht haben.

Fortsetzung auf Seite 11



Einzig Norwegen griff die Initiative der vier Amerikaner entschlossen auf und lud zu einer internationalen Abrüstungskonferenz in Oslo ein vom 26. bis zum 27. Februar 2008. Auf dem Bild zu sehen ist der norwegische Außenminister Jonas Gahr Støre während seiner Eröffnungsrede.

Foto: Norwegian Ministry of Foreign Affairs

Jahrzehnten eingespielten Prozeduren und Doktrinen innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe der NATO nochmals zu überdenken (siehe Grafik Seite 6). Dieser Routine käme – nach Meinung der Befürworter nuklearer Kontinuität – heute ohnehin eine eher symbolische Bedeutung der transatlantischen Verbundenheit als eine reale militärische Fähigkeit zu. Dennoch: das Verharren der NATO in nuklearer Bewegungslosigkeit wird auch Moskau dazu veranlassen, sein taktisches Arsenal weiterhin offensiv auszulagern mit allen zugehörigen Konsequenzen für den alten Kontinent: die Risiken der Sabotage, des Diebstahls oder der unbeabsichtigten Detonation bleiben bei tausenden stationierten russischen TNW auf einem bedrohlichen Niveau.

Aufwertung der Kernwaffen

In diesem Szenario, das die ehemaligen NATO-Generäle in ihrem Strategiepapier vorgezeichnet haben, würde eine Transformation der Rolle der Nuklearwaffen vollendet, die bereits in den aktuellen französischen, russischen und amerikanischen Doktrinen der letzten Jahre angedacht ist. Demnach sind Nuklearwaffen keine politisch-defensiven Waffen der Abschreckung mehr – zumal die konkrete Bedrohung

weggefallen ist – , sondern legitime und unverzichtbare Instrumente der Eskalation, die es einer „neuen NATO“ – wie von den fünf Generälen anvisiert – erlauben sollen, abstrakte Bedrohungen in Schach zu halten und im Zweifelsfalle präemptiv zu paralisieren.

Diese stark von neokonservativer Ideologie durchtränkte Politik zeichnet sich durch ihr instrumentelles Verhältnis zum internationalen Recht sowie durch einen neuen Ansatz aus, nichtmilitärische Herausforderungen militärisch angehen zu wollen: so identifizieren die Autoren der „Grand Strategy“ in ihrem Strategiepapier die globale Migration, den Klimawandel, den immer häufiger auftretenden Staatszerfall, den weltweiten Verlust der Vernunft („loss of the rational“) und die allgemeine Unüberschaubarkeit („complexity beyond predictability“) als größte Herausforderungen des 21. Jahrhunderts; diese Trends würden den Grundstein für die konkreten Bedrohungen legen: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, internationaler Terrorismus und globaler Kampf um Ressourcen. Diesen muss man entschlossen und „unbürokratisch“ entgegentreten, notfalls auch nuklear, und durchaus auch präemptiv.

Dieses Szenario rekurriert auf ein Bedrohungs- und Einkreisungsgefühl westlicher Wohlstandsgesellschaften und suggeriert Si-

cherheit durch Aufrüstung. Um den Alarmpegel konstant hochzuhalten, werden einerseits reale Gefahren maßlos übertrieben (so benutzt das zitierte Strategiepapier vollkommen haltlose Zahlen über ABC-Waffenprogramme und bezeichnet die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als unmittelbar bevorstehend), und ansonsten verweist man ganz allgemein auf die Unübersichtlichkeit einer immer komplexeren globalen Welt: da sich letztere schlagartig und unvermittelt als feindselig und aggressiv geben kann, gilt in diesem Szenario eine robuste militärische Rückversicherung als beste Strategie. Und in den Köcher der belagerten Demokratien des Westens gehörten neben den modernsten Hightechwaffen selbstverständlich auch heute noch die unverzichtbaren Kernwaffen. Im Ansatz ist diese Argumentation schon heute im britischen und französischen Legitimationsdiskurs auffindbar: die Ungewissheit der Zukunft und die Skrupellosigkeit der „anderen“ lassen Paris und London keine andere Wahl als sich nuklear gegen die Unwägbarkeiten des 21. Jahrhunderts rückzuversichern.

Eliminierung der Kernwaffen: eine europäische Roadmap

Sollte der Geist von Reykjavik dennoch auf die europäischen Eliten überspringen, könnte die Vision einer kernwaffenfreien Welt zumindest zwischen dem Atlantik und dem Ural in einigen Jahrzehnten Wirklichkeit werden. Denn obwohl in Europa in acht Ländern Kernwaffen stationiert sind, ist deren Reduzierung und schließlich deren Eliminierung mehr eine Frage politischen Willens als ein Dilemma geostrategischer Sicherheit – im Unterschied beispielsweise zu Israel oder zur Dyade Indien-Pakistan.

Somit könnte Europa bei der globalen Kampagne zur Eliminierung der Kernwaffen Akzente setzen und eine Führungsrolle einnehmen. Da der gesamte Abrüstungsprozess äußerst komplex ist und Jahrzehnte dauern wird – es geht immerhin um weltweit 30.000 nukleare Sprengköpfe samt ihrer Produktions- und Wartungsanlagen –, könnte die Eliminierung der vergleichsweise kleinen (west-)europäischen Kernwaffenarsenale stufenweise vorgenommen werden. Dabei könnten die Europäer sicherlich mit der Unterstützung des nächsten

US-Präsidenten rechnen, da sich sowohl Barack Obama als auch John McCain für ein stärkeres amerikanisches Engagement im Hinblick auf nukleare Abrüstung ausgesprochen haben.

Um auch Russland zur Kooperation bei der neuen epochalen Abrüstungsinitiative zu bewegen, kann das transatlantische Bündnis heute schon Moskau rechtlich bindend zusichern, in den neuen Beitrittsländern keine Kernwaffen zu stationieren¹⁴. Damit könnte eine nuklearwaffenfreie Pufferzone von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer entstehen, welche die Kernwaffen Russlands und einer expandierenden NATO während der gesamten Abrüstungskampagne nachhaltig voneinander trennen würde¹⁵. Dies würde es Europa als vorletztem Kontinenten erlauben, eine Nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) auszuweisen – nachdem Lateinamerika, Afrika, Zentralasien, Südostasien, Ozeanien und Antarktika diesen Schritt bereits vor Jahren vollzogen haben. Diese Zone könnte in einem weiteren Schritt von der Mitte Europas nach Westen und Süden ausgedehnt werden und langfristig immer größere (denuklearisierte) Teile des Kontinents umfassen¹⁶.

Voraussetzung für diese Expansion ist allerdings die einseitige Beendigung der nuklearen Teilhabe der fünf Nichtkernwaffenstaaten der NATO, somit der Abzug der taktischen Nuklearwaffen aus Belgien, Deutschland, Italien, der Niederlande und der Türkei und deren Rückführung in die USA. Dies könnte Stein des Anstoßes für zwei weitere Initiativen sein: erstens die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Washington und Moskau mit dem Ziel der Eliminierung sämtlicher taktischer Nuklearwaffen, zweitens der vorläufigen Definition einer NWFZ, welche das gesamte europäische Territorium mit den Ausnahmen der Staatsgebiete Frankreichs, Großbritanniens und Russlands umfasst.

Diese NWFZ gewänne an Bedeutung und Prestige, wenn die NATO für alle 22 betroffenen Mitgliedsländer (europäisches NATO-Mitglied, und NVV-Nichtkernwaffenstaat) rechtlich bindend bekräftigen würde, sie nicht mehr für die Stationierung von Nuklearwaffen in Erwägung zu ziehen.

Damit bliebe – aus europäischer Perspektive – die strategischen Arsenale der drei NVV-Kernwaffenstaaten Frankreich, Großbritannien und Russland abzurüsten.

Auch hier ist ein phasenweiser Ansatz die beste Lösung und könnte zumindest auf folgende Meilensteine aufbauen: Frankreich (geschätzte Arsenalgröße: über 300 Sprengköpfe) kann auf den luftgestützten Teil seiner Force de Frappe verzichten und sein seegestütztes Arsenal auf britische Dimensionen reduzieren (200 Sprengköpfe). London kann die Lebensdauer der existierenden U-Bootflotte durch ein anspruchsvolles Wartungsprogramm verlängern und dadurch die vieldiskutierte Trident-Erneuerung erst mal für 2 Jahrzehnte verschieben. Russland schließlich könnte die Zusagen zu seiner strategischen Arsenalreduktion (SORT-Vertrag: maximal 2200 einsatzbereite Sprengköpfe am Stichtag 31.12.2012) als irreversibel erklären und weiterhin strategische Sprengköpfe abrüsten und hinter den Ural verlagern. Dies verlangt natürlich ein konzertiertes Vorgehen mit dem anderen nuklearen Schwergewicht in Washington.

Die letzten Schritte müssen sich aus dem jeweiligen geopolitischen Kontext noch ergeben, jedoch kann deren Ergebnis nur lauten: ein kernwaffenfreies Europa vom Ural zum Atlantik. Eine solche NWFZ Europa könnte entscheidende Impulse geben, auch in jenen Regionen mit der Eliminierung der Nuklearwaffen voranzuschreiten, in denen nicht die vergleichsweise günstigen Bedingungen des Alten Kontinents herrschen: im Mittleren Osten, in Südasien und in Ostasien.

Save the Date: 60. NATO-Jahrestagung (2009) und NVV-Überprüfungskonferenz (2010)

Die Weichen europäischer Kernwaffenpolitik werden unweigerlich in den nächsten beiden Jahren gestellt: zum 60. Jahrestag der NATO wird eine strategische Neuorientierung des Bündnisses erwartet, die auch die Rolle der Nuklearwaffen im 21. Jahrhundert einschließen soll. Dort wird sich zeigen, ob die Strategen in Brüssel eher auf Status quo setzen, oder sich dem einen oder anderen radikaleren Diskurs der Aufwertung bzw. der Abschaffung der Kernwaffen anschließen. Vorerst sieht es nicht so aus, als ob die Vision einer kernwaffenfreien Welt beim mächtigsten Militärbündnis der Welt verfangen hätte; gleichzeitig haben die bit-

- 8 So sind fast alle Informationen zur nuklearen Teilhabe vertraulich, etwa die Stationierungsorte, die Anzahl der dort gelagerten Kernwaffen, deren Wartungszyklen usw. Relevante Informationen werden daher praktisch ausschließlich von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt und sind dementsprechend mit gewissen Unsicherheitsmargen versehen.
- 9 Otfried Nassauer, Es geht auch ohne nukleare Teilhabe, in: Berliner Zeitung vom 30. Juni 2008.
- 10 „Atomwaffen schrecken Dschihadisten ab“, Interview mit Herfried Münkler, Spiegel Online, 25. Juni 2008.
- 11 „Wir werden die Dinge richten“, Rumsfeld-Interview im Spiegel vom 31. Oktober 2005.
- 12 Die New Agenda Coalition (NAC) ist ein globaler Zusammenschluss mehrerer Staaten, der sich für nukleare Abrüstung stark macht und dazu konkrete Vorschläge erarbeitet und in den entsprechenden internationalen Foren einbringt.
- 13 Ähnliches ließe sich über die NATO sagen, mit der Einschränkung, dass dort die Balance etwas verschoben ist, da mit den USA die Kernwaffenstaaten ihr spezifisches Gewicht erhöhen, und die abrüstungsfreundlichen Staaten des Bündnisses einen moderateren Kurs als die NAC verfolgen. Letztere ist mit Irland und Schweden in der EU vertreten, jedoch nicht in der NATO.
- 14 Bisher begnügte sich das Bündnis in der NATO-Russland Grundakte vom Mai 1997 zu erklären, es habe „keine Absicht“, es hege „keine Pläne“ und sehe „keinen Anlass“ für ein derartiges Unterfangen. Diese politische Zusage ist jedoch rechtlich nicht bindend.
- 15 Dieser Puffer könnte auf Seiten der NATO die drei baltischen Staaten, die vier Visegrad-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie Bulgarien und Rumänien und - außerhalb des Bündnisses - noch Moldawien, die Ukraine und Belarus umfassen. Minsk hat auch wiederholt die Errichtung einer solchen nuklearwaffenfreien Zone in Mittel- und Osteuropa gefordert.
- 16 In Analogie zur NWFZ Lateinamerika, die mit einer Vorhut an Staaten begann, und mit der Beendigung der argentinischen und brasilianischen Kernwaffenprogramme das Projekt zu einem atomwaffenfreien Kontinent erfolgreich abschließen konnte.

* Herzlichen Dank an Felix Haaß für die Erstellung der Grafiken und Materialrecherchen.

teren Erfahrungen in Afghanistan und im Irak dem Projekt einer neuen (globalen) NATO – samt zugehöriger flexibler Nukleardoktrin – vermutlich keinen großen Auftrieb gegeben.

Das zweite Datum ist die Überprüfungs-konferenz des NVV 2010, welche unweigerlich die Kernwaffenstaaten stärker in die Pflicht nehmen und von diesen konkrete Abrüstungsschritte verlangen wird. Hier wird sich auch die EU klarer positionieren müssen, ob sie ihre Nichtverbreitungspolitik weiterhin unabhängig von Frankreichs und Großbritanniens Nuklearwaffenmodernisierung sowie der dubiosen nuklearen Teilhabe verfolgen will. Es wird auf jeden Fall für Javier Solana nicht einfacher, in Teheran die Einhaltung des NVV zu gemahnen, wenn der französische Präsident Sarkozy im selben Moment in Cherbourg neue U-Boote mit neuen zielgenaueren Raketen und neuen effektiveren atomaren Sprengköpfen einweiht, wie im März dieses Jahres.

Es bleibt also in den Händen europäischer Führungskräfte zu entscheiden, welches der drei Zukunftsszenarien sie dem alten Kontinenten zugestehen wollen: ganz ohne Reibereien wird es wohl nicht möglich sein, die vielen Partikularinteressen und nuklearen Sonderwege zu versöhnen. Dennoch haben ihnen die Bürger Europas in zahlreichen Umfragen der letzten Jahre schon den Weg vorgezeichnet und klar ihre Präferenzen für einen Abzug dieser Waffen signalisiert. Die Tatsache, dass die Legalität europäischer Atomwaffenpraxis prekär ist, dass ihr Beitrag zur Sicherheit heute mehr

als zweifelhaft ist und die Risiken des Nuklearterrorismus nicht mehr zu vernachlässigen sind, sollte den europäischen Entscheidungsträgern zusätzliche Motivation geben, jenen Weg einzuschlagen, den der diesjährige Träger des Hessischen Friedenspreises, Senator Sam Nunn, seit zwei Jahren unermüdlich propagiert: den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Dass dieser Weg steinig sein wird und auch nicht ohne Risiko, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verharren in nuklearer Kontinuität um ein Vielfaches riskanter ist: die atomaren Risiken des 21. Jahrhundert – der Zugriff von Terroristen auf Kernwaffen, das Versagen nuklearer Frühwarnsysteme und die unbeabsichtigte nukleare Eskalation, das Aufkommen weiterer nuklearer Problemstaaten – werden auf jeden Fall nicht weniger, wenn man die nächsten Jahrzehnte – so wie bisher – auf Weitermachen setzt.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332



Giorgio Franceschini, Diplom-Physiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK, ist Experte für nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 40 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Internationale Organisation, demokratischer Friede und die Herrschaft des Rechts“, „Demokratisierung und der innergesellschaftliche Frieden“ sowie zu „Querschnittsaufgaben“; darunter fällt zum Beispiel die Arbeitsgruppe „Kriege demokratischer Staaten seit 1990“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Vermittlung und Information“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der HSFK-Webseite zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und vier weitere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit abgibt.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de
Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332